Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Boten und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 266. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck Dresden 2640 Sonnabend, 13. November 1926

Uneinigkeiten.

Sportpalast und Reichstagsgebäude, — ein Sechstagerennen dort, ein Kap- und Mausspielen um Parlamentsmehrheit und Regierungseinfluß hier. Zwischen diesen beiden allermodernsten Unterhaltungsliebhabereien pendelte in der Hauptsache das öffentliche Interesse in diesen Tagen hin und her.

Die Besucher des Sechstagerennens mit seinen vielen Aufregungen und Überraschungen sind diesmal ganz gehörig auf ihre Kosten gekommen. Auch wenn der frühere deutsche Kronprinz sich nicht an zwei von den sechs Tagen in ihrer Mitte gezeigt und die Ungebrochenheit seiner alten Sportleidenschaft durch Beteiligung an der Übung der Preisaussetzungen für besondere Leistungen an den Tag gelegt hätte, das war ein Betrieb auf dieser Rennbahn, der sich schon vor dem großen internationalen Publikum sehen lassen konnte! Ob freilich zum Ruhm des guten deutschen Namens, der ja eigentlich auf ganz anderen Gebieten Auszeichnungen erstreben muß, ist eine Frage für sich: bemerkenswert immerhin, daß auch bei dieser Gelegenheit eine Beobachtung zu machen war, deren wir uns leider schon gar zu oft zu schämen hatten. Die ausländischen Fahrer sah man nämlich, bei allem Sonderehrgeiz, der sie gegeneinander abhob, doch den deutschen Wettbewerbern gegenüber immer als eine geschlossene Masse auftreten und kämpfen, während die deutschen Fahrer sich um keinen Preis unter einen Hut bringen ließen. Das war so, das ist so und das wird wohl auch immer so bleiben.

*

Im Reichstag haben wir es allerdings nur mit deutschen Wettbewerbern zu tun; mit Parteien, denen allen die Vertretung des Volkes höchstes Gebot ist und die sich doch so gar nicht darüber einigen können, was diesem Volk frommt und was ihm schadet. Auch nur der Gedanke, sie nach rechts hin oder nach links hin zu einer regierungsfähigen Mehrheit zusammenzuschließen, erscheint nachgerade bereits als ein allzu kühnes Unterfangen, von dem am besten die Hand läßt, wer sich seine Finger nicht an immer noch lichterloh flammenden Partei- und weltanschaulichen Gegensätzen verbrennen will. Eine Mehrheit haben wir allerdings in diesen Tagen im Reichstag wiederholt erlebt — aber sie war auch danach: Sozialdemokratie mit Kommunisten und Deutschnationalen nebst Völkischen im Verein, als wären sie ein Herz und eine Seele, sobald es sich um möglichste Steigerung der öffentlichen Leistungen für die Erwerbslosen handelt. Aber der Schein war Trugbild und nicht einmal ein holdes. Nicht viel hätte gefehlt und die Sozialdemokraten hätten sich die Zustimmung der Deutschnationalen zu ihren Anträgen wie zu denen der Kommunisten vor versammeltem Kriegsvolk ausdrücklich verbeten. Ein Schauspiel zum Totlachen, wenn nicht die Lage, die durch diese parlamentarischen Kunststückchen wieder einmal geschaffen wurde, doch auch ihre sehr bedenklichen Seiten aufwiese. Wieder ist hinter den Kulissen mit Macht gearbeitet worden, um wenigstens für den Augenblick die schlimmsten Verlegenheiten zu überwinden. Was aber dann, wenn an diesen Winkelzügen festgehalten wird, auch bei gesetzgeberischen Anlässen, bei denen mit Kompromissen billiger und selbst teurer Art schlechterdings nicht weiterzukommen ist? Soll der Reichstag aufgelöst werden, um vielleicht in genau derselben Verfassung und Parteibildung zurückzukehren, in der wir ihn nun schon seit zwei Jahren an der Arbeit sehen? Hier ist guter Rat wirklich teuer.

*

Die Reichsregierung ihrerseits geht, wo sich die Möglichkeit bietet, praktische Wege zur Völkerverständigung zu beschreiten, mit gutem Beispiel voran. So hört man jetzt, daß ein englischer Seekriegsfilm unter deutscher Mitwirkung in der Vorbereitung begriffen ist. Der Gedanke ist von der britischen Admiralität ausgegangen, die bereitwilligst versichert hat, der Film solle nicht etwa nur einseitig die englischen Flottenleistungen verherrlichen, sondern auch den Heroismus der deutschen Seekämpfer zeigen. Man darf sich wohl auf loyale Erfüllung dieser Zusage verlassen und so wird das internationale Filmgeschäft voraussichtlich bald wieder mit einem neuen Schlager aufwarten können. Für ausgesprochene Kriegsgegner freilich eine unwillkommene Bereicherung der Filmerzeugung, wahrscheinlich werden sie es an Protesten gegen diese Darbietungen zu gegebener Zeit nicht fehlen lassen. Wenn die Vorführungen aber als ein gemeinschaftliches englisch-deutsches Unternehmen ausgegeben werden können, so braucht man von ihnen unerfreuliche Wirkungen auf die seelische Einstellung der Nationen schließlich nicht zu besorgen.

Dr. Sy.

Keine Umzugsvorbereitungen in Doorn

Berlin. Von in der Öffentlichkeit verbreiteten Umzugsvorbereitungen in Haus Doorn ist an maßgebender Stelle nichts bekannt. Im Schloß Homburg ist ein Teil der Baulichkeiten zu einem Museum hergerichtet, in einem anderen Teil befindet sich ein Finanzamt, das ungestört arbeitet. Der Vertrag mit den Hohenzollern tritt erst am 1. April in Kraft.

Der neue Landtag für den 25. November einberufen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Dresden, 13. November. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Das Gesamtministerium hat beschlossen, den Landtag auf 25. November nachmittags 1 Uhr nach Dresden einzuberufen. Den Abgeordneten gehen besondere Schreiben der Staatskanzlei zu.

*

Revirement in der deutschen Diplomatie

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 12. November. Wie die Telegraphen-Union hört, tritt der Generalkonsul in Amsterdam, Prinz Hatzfeld, in den einstweiligen Ruhestand. Zu seinem Nachfolger ist der Gesandte in Luxemburg, von Gülich, in Aussicht genommen, der durch den Gesandten in Kairo, Mertens, ersetzt werden wird. An seine Stelle soll der jetzige Leiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor von Stohrer, nach Kairo gehen. Es ist beabsichtigt, zu seinem Nachfolger den jetzigen Dirigenten der Personalabteilung, Vortragenden Legationsrat Dr. Schneider, zu ernennen. Außerdem geht der bisherige Gesandte in Kolumbien, von Hästen, in den einstweiligen Ruhestand. Als Nachfolger ist der bisherige Generalkonsul in Chikago, Steinbach, in Aussicht genommen, der bereits seit mehreren Monaten den Gesandten von Hästen in Bogota vertritt. Zum Generalkonsul in Chikago ist der Vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt, Simon, vorgesehen.

*

Die polnische Antwortnote zur Regelung der Chorzowfrage.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Warschau, 13. November. Am gestrigen Freitag nachmittag hat die polnische Regierung ihre Antwort auf die deutsche Note vom 4. November in der Chorzowfrage der deutschen Regierung zugehen lassen. Die polnische Regierung erklärt sich in der Note mit der Anregung der deutschen Regierung, eine Konferenz zur Regelung der Cherzowfrage einzuberufen, einverstanden. Sie schlägt jedoch vor, die Konferenz um eine Woche und zwar bis zum 22. November mit dem Tagungsort Berlin zu verschieben. Wie wir zuverlässig erfahren, ist in dieser Antwortnote die von Deutschland gemachte Voraussetzung der prinzipiellen Anerkennung des Haager Schiedsspruches durch Polen überhaupt nicht erwähnt. In Berliner diplomatischen Kreisen war schon in den letzten Tagen bekanntgeworden, daß Polen den Vorschlag zu einer Konferenz über die Cherzowangelegenheit annehmen werde, so daß die neue polnische Note nicht überraschte. Die kurze Verschiebung spielt sachlich keine Rolle. Fraglich bleibt, ob es möglich ist, bei den bevorstehenden Verhandlungen in Berlin zu einer geeigneten Lösung zu kommen, so lange Polen das Urteil des Haager Schiedsgerichtshofes nicht voll anerkennt. Vielleicht wird das Ergebnis der Berliner Konferenz darin bestehen, daß beide Teile beschließen, den Haager Schiedsgerichtshof nochmals zu einer Auslegung des gefällten Schiedsspruches anzurufen.

Russisch-türkische Konferenz in Odessa.

Abschluß eines Freundschaftsbundes.

Der russische Volkskommissar für äußere Angelegenheiten, Tschitscherin, ist mit dem türkischen Außenminister Ruschdi Bei, in Odessa zusammengetroffen. Es heißt, er wolle mit ihm über den Abschluß eines russisch-türkisch-persisch-afghanischen Sicherheitsvertrages verhandeln. Eingehende Vorsichtsmaßnahmen waren getroffen worden, um diese Zusammenkunft bis zum letzten Augenblick geheimzuhalten. Im Zusammenhang mit dem kürzlichen Besuche des persischen Ministers Timurtasch Khan unterstützt diese Zusammenkunft die Ansicht, daß irgendeine Art von asiatischem Bund oder Vertrag oder Pakt erwogen wird. Der „Times"-Berichterstatter bemerkt, er habe eine Information erhalten, die er unter Vorbehalt weitergebe, wonach Tschitscherin und Tewfik Ruschdi Bei in Odessa ein Bündnis unterzeichnen würden. Der Beitritt Persiens zu diesem Bündnis sei ungewiß. Es heiße, daß das Bündnis gegen eine mögliche italienisch-griechisch-bulgarische Vereinbarung mit Bezug auf Anatolien und Ostthrazien gerichtet sein werde. Der Berichterstatter schreibt, Timurtasch Khan begebe sich nach Paris. Die Konstantinopeler Presse sei der Ansicht, daß die Zusammenkunft von Odessa besonders bedeutungsvoll sei in Anbetracht der Tatsache, daß sie auf Mustapha Kemal Paschas Rede bei der Eröffnung des Parlaments folgte, in der er die Freundschaft, die zwischen der Türkei, Sowjetrußland, Persien und Afghanistan bestehe, betonte. **Eine andere Auslegung sei, daß die Zusammenkunft eine indirekte Antwort auf die Zusammenkunft zwischen Mussolini und Chamberlain in Livorno Ende September sei.**

Die Meldungen von dem Abschluß eines russisch-türkischen Bündnisses werden durch ein Interview bestätigt, das der türkische Botschafter bei der Sowjetunion, Zekia Bei, dem Odessaer Korrespondenten der russischen Telegraphenagentur gewährte. Nach den Ausführungen des Botschafters sei die Zusammenkunft des türkischen Außenministers mit dem russischen Außenminister nicht nur ein neuer Beweis der freundschaftlichen Beziehungen beider Länder, sondern auch durch persönliche freundschaftliche Beziehungen zwischen Ruschdi Bei und Tschitscherin veranlaßt. Die Zusammenkunft werde die Freundschaft der beiden Länder noch weiter festigen und die internationale politische Lage günstig beeinflussen.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" in Konstantinopel meldet seinem Blatte Einzelheiten über den russisch-türkischen Plan zur Gründung eines asiatischen Völkerbundes. In den letzten Wochen seien in Angora eifrig Verhandlungen zwischen dem türkischen Auswärtigen Amt und den diplomatischen Vertretern Persiens, Afghanistans und Chinas geführt worden. Von gut unterrichteter türkischer Seite wird zugegeben, daß die Völker Asiens sich augenblicklich untereinander zu verständigen suchten. Ob man es nun eine Verständigung, eine Nachahmung von Locarno und Genf, eine Union, eine Liga oder einen Konkurrenzvölkerbund nennen wolle, das ändere an der Tatsache an sich nur wenig. Der Berichterstatter schließt seine Meldung mit der Frage, ob die Pläne Moskaus vielleicht nicht noch weitergingen, und ob sie auf die Gründung der Vereinigten Staaten von Asien mit der Hauptstadt Moskau abzielten.

Beratungen über die Große Koalition.

Einigung über die Frage der Krisenfürsorge.

Der innenpolitische Konflikt, der bei der Beratung über die Krisenfürsorge ausgebrochen ist, ist durch Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien des Reichstages und den Sozialdemokraten beigelegt worden. Die Regierungsparteien sind den sozialdemokratischen Forderungen soweit entgegengekommen, daß die Krisenfürsorge, die nach der Erwerbslosenfürsorge für 52 Wochen eintreten soll, auch den Erwerbslosen gewährt werden soll, die in der Zeit vom 1. April 1926 bis zum Inkrafttreten des jetzigen Gesetzes wegen Ablaufs der gesetzlichen Unterstützungsdauer aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden sind. Ferner sollen auch solche nach dem 1. April 1926 ausgesteuerte Erwerbslose, die seitdem nicht laufend von der öffentlichen Fürsorge unterstützt sind, auf Antrag in die Krisenfürsorge aufgenommen werden. — Ferner ist den Sozialdemokraten die Zusage gemacht worden, daß ein Härteparagraph in das Gesetz aufgenommen werden soll zugunsten von Arbeitern aus Industrien, die von der Erwerbslosigkeit besonders betroffen sind.

Nebenher sind, wie aus parlamentarischen Kreisen gemeldet wird, Verhandlungen über den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierungskoalition im Gange.

„Wiking" und „Olympia".

Eine Denkschrift des preußischen Innenministeriums.

Die vom preußischen Innenministerium angekündigte Denkschrift über das Verbot der Organisationen „Wiking" und „Olympia" ist soeben dem Preußischen Landtag zugegangen. Auf etwa 190 Druckseiten enthält sie das gesamte Material, durch das sich die preußische Regierung veranlaßt glaubte, die beiden Verbände für das Gebiet des Freistaates Preußen aufzulösen. Der „Wiking"-Bund stellt nach Ansicht des Ministers die geheime Fortsetzung der nach dem Kapp-Putsch aufgelösten Marinebrigade Ehrhardt dar. Im Februar 1924 beschlagnahmte die Polizei in Hamm neben umfangreichem Material, das nach Ansicht des preußischen Innenministeriums den vollen Beweis für die militärische Gliederung, Schulung und Ausrüstung des Bundes lieferte, eine Fülle von Unterlagen für den staatsfeindlichen Charakter der Organisation, aus dem hervorgeht, daß der Bund als letztes Ziel den gewaltsamen Umsturz der Reichs- und Landesverfassung am „Tage der nationalen Revolution" erstrebte und vorbereitete.

Für die Begründung des Verbots gibt die Denkschrift zahlreiches Material. Schließlich sind in der Denkschrift die Ausrüstungs- und Bekleidungsabzeichen, beschlagnahmte Notizenzettel, Aufmarschpläne und sonstige Dokumente in Faksimile wiedergegeben. Ähnliche Vorwürfe werden von preußischer Regierungsseite auch gegen den Sportklub „Olympia" erhoben.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF